

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren,

### **Bewertung von Hamburg-Süd steht aus**

Das Modell des Gebäudemanagements ist mit vielen Risiken versehen. Die Freie und Hansestadt Hamburg hat hier Neuland betreten.

Wir möchten nun wissen, über ein Jahr nach der Beschlussfassung, ob die Prämissen, unter denen das Modell Hamburg Süd gestartet worden ist, heute noch Gültigkeit haben. Oder ob sie korrigiert werden müssen. Nicht nur die Erfahrungen mit der Elbphilharmonie zeigen, wie wichtig es ist, auf Ihre Vertragskonstruktionen ein verschärftes Augenmerk zu legen.

Dies haben sie jedoch in den Ausschüssen verweigert und planen gleichzeitig schon die völlige Ausgliederung des Schulbaus.

### **Obwohl keine Bewertung von Hamburg Süd vorliegt soll Sondervermögen eingerichtet werden**

Der Senat verweigert der Bürgerschaft ein klares Bild von den Erfahrungen mit dem Gebäudemanagement im Modellprojekt Hamburg Süd.

Dennoch wollen sie uns in Kürze ein Modell vorschlagen, nachdem alle Schulen in ein Sondervermögen übertragen werden.

Dieses Vorgehen ist nicht akzeptabel. So fragen wir uns z.B., warum nicht die GWG Gewerbe ausgezahlt wurde.

Denn: Sind die Erfahrungen so gut, was spräche dagegen, mit der GWG Gewerbe weiterzuarbeiten.

Sind die Erfahrungen nicht so gut und haben sie sich deshalb für einen anderen Weg, nämlich den des Sondervermögens entschieden, verweigern sie während der Haushaltsberatungen die Auskunft darüber.

Unsere Fragen zum Gebäudemanagement wurden in den Ausschüssen nicht beantwortet, sondern es gab nur den Hinweis auf eine kommende Senatsdrucksache.

Wie wir den Medien entnehmen konnten, wird vom Senat ein Sondervermögen Schulbauten vorbereitet. Nicht einmal zur ersten Lesung konnten sie uns informieren.

### **Missachtung des Bürgerschaftsbeschlusses**

Nach wie vor steht ein Vergleich mit der verbesserten staatlichen Leistungsfähigkeit aus. Es wird zu leicht und zu bedenkenlos der Weg gegangen, den kompletten Schulbau aus dem Kernbereich der staatlichen Leistung herauszulösen. Auch das akzeptieren wir nicht.

### **Transparenz über die langfristigen Auswirkungen auf den Haushalt**

Wir interessieren uns für die Perspektive der Steuerzahler gedacht. Niemand ist dagegen, für den Schulbau Geld in die Hand zu nehmen und intensiver als bisher daran zu arbeiten, den Hamburger Schülerinnen und Schülern angemessene Räume und anregende Lernumgebungen zur Verfügung zu stellen.

Die Steuerzahler wollen jedoch wissen, was es für sie bedeutet, wenn die schnellere Modernisierung und Sanierung oder der Neubau von Schulen mit hohen zusätzlichen Finanzierungskosten und –risiken erkaufte werden. Wir belasten nachfolgende Generationen mit hohen Haushaltsbelastungen, und das kann nicht ins Uferlose gehen.

### **Absenkung der Investitionen für den Schulbau**

Sie haben einen Haushaltsplan vorgelegt, wonach die Schulbauinvestitionen in erheblichem Ausmaß abgesenkt werden. Vierzig Millionen Euro sind ein großer Betrag im Verhältnis zu den Gesamtausgaben. Vermutlich ist das nicht der richtige Weg.

Notwendigkeit von Schulbauinvestitionen:

Wir werden heute noch über die Auswirkungen der Finanzkrise reden. Es ist falsch, notwendige Investitionen im Rahmen des Haushalts nicht zu tätigen, und es ist fragwürdig, diese Investitionen dann außerhalb des Haushalts kreditär zu finanzieren.

### **Gestaltungsmöglichkeiten des öffentlichen Schulbaus nicht aus den Händen geben**

Öffentliche Bauten sind nicht besondere Gebäude. Sie drücken die Haltung einer Gesellschaft zu dem aus, was dort statt findet. Der Bau von modernen Schulen hat immer eine Signalwirkung gehabt. Dies muss auch in Zukunft so bleiben.

### **Privatisierung zu befürchten**

Sie öffnen die Tür zu einer vollständigen Privatisierung der Schulen. Möglicherweise ist das Sondervermögen der Zwischenschritt dahin, dass Unternehmen wie Hochtief oder ICE Schulen betreiben. Hierfür wird es von der SPD keine Stimme geben.